

Pressestatement zum Auftakt der Kampagne:

Stoppt die Islamisierung der österreichischen Politik!

Stoppt die Kriminalisierung von MuslimInnen!

26. Mai 2021, 10h Presseclub Concordia

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

Seit mehreren Jahren schon können wir besorgniserregende Entwicklungen in Österreich beobachten. Von Tag zu Tag treten immer mehr Missstände und Verfehlungen von Regierungsmitgliedern ans Tageslicht¹. Parallel dazu werden gesellschaftliche Probleme auf dem Rücken von Minderheiten - insbesondere von Musliminnen und Muslimen - ausgetragen. Mit großer Sorge stellen wir eine massive und breitflächige Kriminalisierung der muslimischen Bevölkerung fest. Aus diesem Grund starten wir heute eine Kampagne, um der „Islamisierung der österreichischen Politik“ entgegenzuwirken.

Wir möchten die beunruhigenden Entwicklungen kurz zusammenfassen und kommentieren:

1. Missachtung des Parlaments

Zum ersten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik war es notwendig, dass der Verfassungsgerichtshof den Bundespräsidenten einschaltet, damit ein Regierungsmitglied Unterlagen an den Untersuchungsausschuss liefert². Ebenfalls wird erstmals in der Geschichte des Landes gegen den Kanzler der Republik ermittelt, weil der Verdacht der Falschaussage im Untersuchungsausschuss vorliegt. Cathrin Kahlweit schreibt in der Süddeutschen über Kanzler Kurz: „Für Parlament und Justiz hat er nur Verachtung übrig³.“

Oder wie wir es in Österreich so schön sagen: Es gilt für alle Erwähnten die Unschuldsvermutung.

2. Angriffe auf die unabhängige Justiz

RichterInnen, StaatsanwältInnen und JuristInnen sind zurecht empört über die Vorwürfe des Bundeskanzlers an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) und sprachen von „unangebrachten Vorwürfen“ und „gefährlichem“ Verhalten. Sabine Matejka, die Präsidentin der Richtervereinigung, nannte die Reaktionen der ÖVP auf die Ermittlungen „grenzüberschreitend“ und mahnte: „Wir sehen auch in anderen Ländern in Europa, dass man hier auch den Rechtsstaat aushebeln kann. Ich glaube, es wären alle – auch politische Akteure – gut beraten, darüber nachzudenken und sich klar dazu zu bekennen, dass der Rechtsstaat wichtiger ist als Individualinteressen.“⁴ Gestern erst sind Dossiers bekannt geworden, die über Staatsanwälte angelegt wurden. Regelmäßig lesen wir, wie die Arbeit der Justiz politisch erschwert wird⁵.

¹ Bericht der Untersuchungskommission: <https://www.bmi.gv.at/downloads/Endbericht.pdf>

² Stellungnahme des Bundespräsidenten:

https://www.facebook.com/138508202860897/videos/823579645177887/?_so=_channel_tab&_rv=_latest_videos_card

³ Cathrin Kahlweit in der ZS: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/oesterreich-sebastian-kurz-untersuchungsausschuss-1.5293018?reduced=true>

⁴ Sabine Matejka auf Zackzack: <https://zackzack.at/2021/05/17/richterpraesidentin-matejka-angriffe-auf-justiz-grenzueberschreitend/>

⁵ Ominöses Dossier über WKStA-Ermittler. <https://www.puls24.at/news/politik/ibiza-u-ausschuss-weiterhin-stoerfeuer-und-ein-ominoeses-dossier/235125>

3. Missachtung von Religionsgemeinschaften

Wie der Generalsekretär der Österreichischen Bischofskonferenz DDr. Peter Schipka – den wir seit Jahren persönlich kennen und dessen Ehrlichkeit und Menschlichkeit wir schätzen – behandelt wurde, haben wir alle aus den Medien erfahren⁶. Wie zynisch die Regierung mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft umgeht, brauche ich vermutlich nicht auszuführen.

Daneben werden gänzlich neue Institutionen wie die „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ geschaffen, die so konstruiert sind, dass sie zwar aus Steuergeldern finanziert werden, aber nicht der parlamentarischen Kontrolle unterliegen⁷.

4. Druck auf Medien und KritikerInnen

Dazu möchten wir Ihnen den Artikel von Barbara Toth „Hallo! Hier spricht der Sebastian“ im Falter ans Herz legen⁸. Und während Redaktionen unter Druck gesetzt werden, gönnt sich die Regierung ein PR-Budget in Millionenhöhe zur Finanzierung „steuerbarer“ Medien⁹.

Kurios bis bedenklich wird es, wenn gegen KritikerInnen vorgegangen wird: Wenn etwa der Innenminister dem Aktivist Rudi Fußi wegen eines Tweets auf der Seite des Innenministeriums mit einer Klage droht¹⁰. Oder wenn ein T-Shirt-Shop 24h nachdem er beginnt, ein satirisches Blümel-Leiberl zu verkaufen, eine Finanzprüfung erhält¹¹.

5. Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit und die Vorliebe für „alternative Fakten“

Im Zuge der 60 Hausdurchsuchungen der „Operation Luxor“ wurde auch die Wohnung des Politikwissenschafters Dr. Farid Hafez von Sicherheitskräften mit Waffen gestürmt. Die Wohnungstüre wurde mit einem Rammbock aufgebrochen, ein Fenster eingeschlagen und drei kleine Kinder aus dem Schlaf gerissen¹². National und vor allem international solidarisieren sich WissenschaftlerInnen mit Dr. Farid Hafez¹³.

Und während ein renommierter Wissenschaftler kriminalisiert wird, sprießen „IslamexpertInnen“ und AuftragsforscherInnen nur so aus dem Boden: Von der berühmten „Kindergarten-Studie“ bis zum „Vidino-Bericht“¹⁴ und dem desaströsen „Gutachten“, das der Operation Luxor als Grundlage diente, gibt es viele Beispiele für den Missbrauch von Wissenschaft und Forschung¹⁵. Zur Minderqualität und der grob fehlerhaften Arbeitsweise dieser „IslamexpertInnen“ finden Sie eine Beilage in Ihren Presseunterlagen.

6. Einschränkung der Religionsfreiheit

Mit den Änderungen im Islamgesetz gab es große Einbußen in der Religionsfreiheit. Die Vereinsfreiheit wurde für MuslimInnen massiv eingeschränkt, muslimische Vereine unter das Joch der Glaubensgemeinschaft gezwungen¹⁶. Das aktuelle Anti-Terror-Paket wurde von zahlreichen JuristInnen und ExpertInnen heftig kritisiert. Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag wies in seiner Stellungnahme auf zahlreiche Problematiken hin und

⁶ Kurz gegen die Kirche: <https://www.profil.at/wirtschaft/kanzler-kurz-gegen-die-kirche-bitte-vollgas-geben/401334924>

⁷ Parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Yannick Shetty (NEOS) dazu:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/JJ_03743/fnameorig_841110.html

⁸ „Hallo! Hier spricht der Sebastian“: <https://www.falter.at/zeitung/20210511/hallo-hier-spricht-sebastian>

⁹ Weiterlesen: <https://www.arbeit-wirtschaft.at/pressefreiheit-in-oesterreich/>

¹⁰ <https://www.derstandard.at/story/2000124282329/einschuechterungsversuch-kritik-an-klagsdrohung-gegen-aktivisten-auf-ministeriumsseite>

¹¹ T-Shirt Shop und Finanzprüfung: <https://www.derstandard.at/story/2000126496649/shop-bewirbt-satirisches-bluemel-leiberl-bekommt-steuerpruefung-am-naechsten-tag>

¹² Razzia gegen angebliche Muslimbrüder und ein fragwürdiges Gutachten: <https://loew.at/die-razzia-gegen-angebliche-muslimbrueder-und-ein-fragwuerdiges-gutachten>

¹³ Komitee Farid Hafez: <https://komiteehafez.at/supporter/>

¹⁴ Methodische Kritik: https://www.mjoe.at/uploads/media/BEILAGE_-_Methodische_Kritik.pdf

¹⁵ Ein Beispiel des fraglichen Umgangs mit Forschung zu MuslimInnen: https://www.mjoe.at/uploads/media/Forschung_zu_MuslimInnen.pdf

¹⁶ Kritik der MJÖ am Islamgesetz: <https://www.mjoe.at/fileadmin/Dokumente/Pressestatement.pdf>

nannte es „Anlassgesetzgebung“¹⁷. Die Richtervereinigung äußerte sich, dass der Straftatbestand „ersatzlos zu streichen“¹⁸ sei. Amnesty International warnte vor der „unverhältnismäßigen Einschränkung“ der Menschenrechte und der „Gefahr des Missbrauchs“¹⁹ hinsichtlich Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit.

All diese Entwicklungen beunruhigen uns sehr. Wir sehen unsere Demokratie und die universalen Menschenrechte gefährdet. In zahlreichen Demokratie-Rankings rutscht Österreich immer weiter ab²⁰. Der jüngste Report on International Religious Freedom des U.S. Department of State zeigt bedenkliche Entwicklungen auf²¹.

Wir nehmen seit Jahren eine Regierungspartei wahr, die für die Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft zur Verantwortung gezogen werden muss.

Die Kriminalisierung von MuslimInnen

Der 2. November 2020 bleibt in unserem kollektiven Gedächtnis als ein Tag der Trauer und des Entsetzens. Vier Menschen wurden auf feige und brutalste Art bei einem mörderischen Anschlag aus ihrem Leben gerissen. Wir stehen noch immer unter Schock.

Wie reagiert die Politik?

Der US-amerikanische Yale-Professor Timothy Snyder widmet sein letztes Buch dem Vormarsch des Populismus und autoritärem Führertum in den USA und in Europa. Er schreibt: „Moderne Tyrannei ist Terrormanagement. Wenn es zu einem Terroranschlag kommt, dann denk daran, dass Autoritäre solche Ereignisse nutzen, um ihre Macht zu festigen.“

Mit einem angekündigten Anti-Terror-Paket, das sich vor allem auf den sogenannten „politischen Islam“ stützt. Dieser ist ein umstrittener Begriff, der Menschen kriminalisiert, die muslimisch und engagiert sind. Alle Kritik dazu prallt an der Regierung ab. Sie hält an ihrem Vorhaben fest. Keine Woche nach dem Anschlag wird mit der Operation Luxor die größte, polizeiliche Aktion der 2. Republik durchgeführt. Im medialen Windschatten des Anschlags finden in den frühen Morgenstunden des 9. Novembers 60 Hausdurchsuchungen statt. Auf martialische Art und Weise werden Familien aus ihrem Schlaf gerissen und Kinder traumatisiert. Eine zivilgesellschaftliche Initiative wirft dem Innenminister grobe Verstöße gegen Kinderrechte vor²².

Bei den Fragen, die bei der Vernehmung den Beschuldigten gestellt wurden, handelt es sich wohl eher um eine Gesinnungsprüfung. Das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) wollte etwa wissen, wie viele Freundschaften mit nicht-muslimischen Österreichern gepflegt würden oder was man unter dem Begriff Islamophobie verstehe. Weitere Fragen waren laut Betroffenen: „Wecken Sie Ihre Frau und Kinder zum Morgengebet? Dürfen Ihre Kinder Musik hören? Darf Ihre Tochter einen Christen, Juden oder Atheisten heiraten? Wie kam Ihre Ehe zustande?“

¹⁷ Stellungnahme des Öst. Rechtsanwaltskammertags: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/SNME/SNME_36504/index.shtml

¹⁸ Stellungnahme der RichterInnenvereinigung: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/SNME/SNME_36537/index.shtml

¹⁹ Stellungnahme von Amnesty International: <https://www.amnesty.at/presse/regierung-verpasst-chance-fuer-verbesserungen-beim-anti-terror-paket/>

²⁰ Demokratie in der (Corona-)Krise? <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2083771-Demokratie-in-der-Corona-Krise.html>

²¹ Report on International Religious Freedom: Austria <https://www.state.gov/reports/2020-report-on-international-religious-freedom/austria/>

²² Aussendung zum Offenen Brief: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210315_OTS0051/offener-brief-wirft-minister-nehammer-grobe-verstoesse-gegen-kinderrechte-waehrend-der-operation-luxor-vor

Wir fragen uns: Wie hängen diese Fragen mit dem schweren Verdacht der kriminellen Organisation und Terrorismusfinanzierung zusammen?

Ein halbes Jahr später gibt es keine einzige Anklage, dafür viele Einsprüche wegen Rechtsverletzungen. Die JuristInnen und AnwältInnen sprechen von einer „dünnen bis gar keiner Suppe“. Die Schwere der Anschuldigungen und die unverhältnismäßige Umsetzung der Razzien hat nicht nur die Betroffenen traumatisiert, sondern die gesamte muslimische Community schwerst verunsichert.

Jene Beschuldigten, die als LehrerInnen arbeiteten, wurden suspendiert. Es wird gegen Vereine wegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung ermittelt, die das österreichische Spendengütesiegel besitzen²³. Aber nicht nur das: Nun werden muslimische MitbürgerInnen als Beschuldigte der Terrorfinanzierung geführt, weil sie an diese Hilfsorganisationen spenden. Dies bedeutet eine Kriminalisierung von zig-Tausenden wohltätigen und unbescholtenen MuslimInnen.

Können Sie sich das vorstellen?

Ich fasse zusammen: Unsere Behörden stufen Vereine als vertrauenswürdig ein. Genau deshalb spenden Menschen an diese Vereine – und werden dafür nun unter Terrorverdacht gestellt?

Uns erreichen ständig neue Meldungen von betroffenen MuslimInnen, die aufgrund Ihres Muslimseins massiver Diskriminierung ausgesetzt sind. Staatsbürgerschaftsverweigerungen für Funktionäre von Kultusgemeinden, Kriminalisierung und Schließung von muslimischen Einrichtungen oder das Kopftuchverbot, das nun vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde: MuslimInnen sehen sich einer Politik ausgesetzt, die sie entmenschlicht und nicht nur diskriminiert, sondern kriminalisiert und sie damit zur Gefahr erklärt.

An dieser Stelle sprechen wir noch nicht einmal von den Implikationen dieser Maßnahmen auf die gesellschaftliche Stimmung und das Zusammenleben: Beschimpft, bespuckt oder geschlagen – diese Entmenschlichungen sind für viele muslimisch gelesene Menschen Alltag auf den Straßen Österreichs²⁴.

Wir fragen uns: Wie weit gehen diese Übergriffe auf unsere Grundrechte noch? Und wann beginnen die Übergriffe auf Grundrechte anderer?

Der mörderische Anschlag vom 2. November ist nach dem Bericht der Untersuchungskommission auf Behördenversagen zurückzuführen. Weil das BVT damit beschäftigt war, den ständig beschworenen „politischen Islam“ zu jagen, konnte ein Attentäter im Ausland Munition kaufen. Alle Warnungen von Auslandsdiensten wurden ignoriert und es kam zu dieser schrecklichen Tragödie.

Was macht die Regierung? Natürlich ruft sie noch lauter: Politischer Islam!

Und wieder einmal wurden Moscheen geschlossen - dabei wurden zuvor schon Schließungen vom Landesverwaltungsgericht Wien als rechtswidrig aufgehoben.

Bereits 2015 - beim Beschluss den Islamgesetzes - haben wir eindringlich davor gewarnt, dass die Kriminalisierung der muslimischen Glaubenspraxis vor der Tür steht. Auch damals hieß es, es ginge um Radikalisierungsprävention und den politischen Islam. Heute sehen wir, dass sich unsere schlimmsten Befürchtungen nicht nur bewahrheitet haben, sondern übertroffen wurden. Die Religions- und Meinungsfreiheit in Österreich wird massiv bedroht. Heute sind es MuslimInnen, morgen werden vielleicht andere zu Feinden erklärt: UmweltschützerInnen? JournalistInnen? MenschenrechtsaktivistInnen? RegierungskritikerInnen?

Ich bin bestimmt auch aus meiner Familiengeschichte her sensibilisiert. Mein Großonkel war politischer Aktivist, ein überzeugter Partisane und Antifaschist im ehemaligen Jugoslawien. Er wurde 1944 von Zuhause abgeführt,

²³ PK des Vereins Rahma: <https://www.rahma-austria.at/de/medien/pressemitteilungen/673-operation-luxor-blockiert-humanitaere-hilfe>

²⁴ Antimuslimischer Rassismus-Bericht 2020: <https://dokustelle.at/reports/antimuslimischer-rassismus-report-2020>

gefoltert und im KZ Jesenovac in Kroatien ermordet. Ein Grabstein erinnert an sein frühes Ende. Sein Leichnam wurde nie gefunden. Niemand hätte je gedacht, dass es so weit kommen würde. Nur eine Generation später mussten meine Eltern 1992 aus Bosnien fliehen, weil mein Vater aus einer muslimischen Familie stammte. Sie, meine Schwester und ich als Baby sind nur knapp dem Genozid entkommen. Andere Familienmitglieder konnten nicht rechtzeitig fliehen und wurden ermordet.

Wir schreiben das Jahr 2021 und ich sitze heute vor Ihnen und sehe mich gezwungen, vor gefährlichen und autoritären Tendenzen in Österreich und ganz Europa zu warnen. Auf wen zielt das Anti-Terror-Paket wirklich ab? Während uns vorgegaukelt wird, dass es mehr Sicherheit schaffen soll, warnen so viele ExpertInnen vor dem Gesetzespaket. Es werden zivilgesellschaftliche AktivistInnen denunziert und der weiteren Kriminalisierung Tür und Tor geöffnet.

Vielleicht bin ich es morgen als muslimischer Aktivist? Oder vielleicht die gesamte Muslimische Jugend Österreich? Werden es meine FreundInnen sein, die wegen der Klimakrise protestieren? Oder kritische JournalistInnen?

Welche Garantie haben wir? Vertrauen wir nur darauf, dass die Behörden das Gesetz nicht so ausführen, wie wir befürchten? Das Merkmal eines Rechtsstaats ist aber nicht das blinde Vertrauen, sondern klare Gesetze und der Schutz vor politischer Willkür.

Die Schweizer Juristin Sanija Ameti, die gerade gegen ein ähnliches Gesetz in der Schweiz kämpft, betont, wie gefährlich dieses Spiel mit der Spaltung der Gesellschaft ist - nämlich „wenn politische AkteurInnen das Narrativ der ‚Wir Guten‘ und ‚Ihr Bösen‘ für eigene Profilierungszwecke missbrauchen.“ Sie sagt: „Wer das Gesetz befürwortet, hat ein zu großes Gottvertrauen in den Menschen und in die Polizei.“

Wir möchten, dass diese Politik der Spaltung in „Wir“ und „Ihr“ aufhört. Wir hoffen hier auf den kritischen Geist wachsamer MitbürgerInnen, eine klare Positionierung politischer EntscheidungsträgerInnen und auf unabhängigen Journalismus. Wir haben in der Vorbereitung für die Kampagne viel Unterstützung gefunden und führen zahlreiche, ermutigende Gespräche. Wir wollen gemeinsam mit allen stehen, die sich für den Schutz der Demokratie und gegen den Abbau unserer und aller Rechte und Freiheiten einsetzen.

An dieser Stelle möchten wir den Koalitionspartner nicht außen vor lassen:

Herr Vizekanzler Kogler: Was muss noch passieren?! Wann ziehen die Grünen endlich die Notbremse?! Gebieten Sie dieser menschenverachtenden, rassistischen und demokratiefeindlichen Politik endlich Einhalt!

- Wir fordern Sachpolitik statt Symbol- und Sündenbockpolitik! Die politische Kultur muss „entislamisiert“ werden!
- Wir fordern eine massive verbale Abrüstung und einen behutsamen Umgang mit unserer Sprache in der Politik! Kein weiteres Befeuern rassistischer Diskurse!
- Wir fordern die Entkriminalisierung von MuslimInnen, die durch das Anti-Terror-Paket in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt und behördlicher Willkür ausgesetzt werden!
- Wir fordern den Schutz der unabhängigen Justiz und die Achtung des Parlaments!
- Wir fordern die Wahrung unserer österreichischen Verfassung, die – wie unser Bundespräsident sagt – voller „Eleganz und Schönheit“ ist. Meinungs- und Religionsfreiheit sind Grundpfeiler unserer Demokratie und unseres friedlichen Zusammenlebens sind!

Der Schutz unserer Demokratie und der verfassungsmäßig verankerten Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger hat für uns höchste Priorität.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!